

Bezugspreis

Die Halle hierfür jährlich bei pachtmässiger Auslieferung 2,50 M., durch die Post 2,75 M., ansschl. Zustellungsgebühr. Bestellungen werden von allen Reichspostämtern angenommen.

Am amtlichen Zeitungsbüro unter 'Saale-Zeitung' eingetragen. Alle unterlangt eingehende Blauschriften sind feine Handschrift überkommen. Stadtdruck mit Quasilingenabe: 'Saale-Zg.' gedruckt.

Verleger: Dr. Med. Dr. 1140; der Abonnementverlag Nr. 1133.

Morgen-Ausgabe.

Saale-Beitung.

Ständebildergaler Jahrgang.

Anzeigen

werden die Spaltenpreise aber dem Raum mit 30 Pfg. höher auf 20 Pfg. berechnet und in der Geschäftsstelle, Gr. Ulrichstr. 63, I sowie von unseren Annahmestellen und allen Annoncen-Expeditoren angenommen. Bekanntheit die Seite 75 Pfg. für Halle und umherwärts; 1 Zeile.

Erstreckt täglich zweimal, Samstags und Montags einmal.

Redaktion und Haupt-Verwaltung: Halle, Gr. Ulrichstr. 17; Nebendruckerei: Markt 2; Anzeigen-Geschäftsstelle: Gr. Ulrichstr. 63, I; Telefon Nr. 591 u. 176.

Nr. 273.

Halle a. S., Mittwoch, den 15. Juni.

1910.

Die Borromäus-Euzyklika im Herrenhause.

14. Sitzung. Dienstag, den 14. Juni.

Am Ministerische: Frhr. v. Rheinbaben, v. Arnim, Präsident v. Martuffel eröffnet die Sitzung um 2 Uhr. Der Eintritt in die Tagesordnung nimmt das Wort zu einer Erklärung.

Graf v. Zieten-Schwerin: M. S. Eine tiefgehende Erregung ist in der evangelischen Bevölkerung von ganz Deutschland, insbesondere unseres preussischen Vaterlandes, hervorgerufen durch die Borromäus-Euzyklika des Papstes. Ein Sturm der Entrüstung hat sich erhoben über die Schmähungen, welche die Euzyklika ausspricht über die Reformation und ihre Urheber, über die Päpste und Bischöfe, die sich der Reformation angeschlossen haben. Ich würde in Lebensretung mit meinen Freunden es für notwendig gehalten haben, eine förmliche Beschlusfassung des hohen Hauses über diesen Vorgang herbeizuführen. Allein im Hinblick auf die vom Präsidium des Staatsministeriums im anderen Hause abgegebene Erklärung und mit Rücksicht auf die Beschlusfassung des Landtages beschrankte ich mich darauf, diese päpstliche Schmähung, die unter Missachtung der geschichtlichen Tatsachen eine schwere Verunglimpfung der evangelischen Bevölkerung enthält und die geeignet ist, den von uns erzielten und dem Vaterlande notwendigen Frieden unter den Konfessionen zu stören, auf das Entschiedenste zurückzuweisen. Ich bin hierbei der Zustimmung der überwiegenden Mehrheit dieses hohen Hauses gewiss. (Lebhafte Beifall.)

Frhr. v. Landsberg: Die Erklärung des Herrn Grafen Zieten-Schwerin hat mich sehr veranlaßt, das Wort zu nehmen. Es werden es begreifen, wenn ich als Katholik - ich kann nicht im Namen der katholischen Mitglieder des Hauses sprechen, aber ich glaube doch, der Zustimmung der überwiegenden Mehrheit derselben mich verächtlich halten zu können - wenn ich gegen diese Erklärung in manchen Beziehungen Verwahrung einlegen muß. Ich kann nicht zugeben, daß in dieser Euzyklika Schmähungen und Verunglimpfungen enthalten sind, und ich muß gegen diese Worte in der Erklärung des Grafen Zieten-Schwerin meine entgegengesetzte Verwahrung einlegen. Ich begreife andererseits wohl, daß der Wortlaut der Euzyklika zu einer Erregung in der evangelischen Bevölkerung in Preußen Veranlassung gibt. Die Tatsachen sprechen ja dafür; überdies haben wir es ja gehört aus der Erklärung des Herrn Grafen Zieten-Schwerin. Wir sind allerdings der Ueberzeugung, daß die Euzyklika eine rechtlich fragwürdige Angelegenheit ist, aber wir teilen auch das Bedauern, daß durch den Wortlaut derselben eine denartige Erregung in der evangelischen Bevölkerung eingeleitet ist; und wir würden das um so mehr bedauern, wenn dadurch irgend ein Zwiespalt zwischen der evangelischen und der katholischen Bevölkerung entbrennen sollte. Graf Zieten-Schwerin hat es ja auch bereits hervorgehoben, aber ich möchte es auch nicht unerwähnt lassen, daß es unsmöher das Bestreben sein wird, wie bisher nach allen Kräften für den konfessionellen Frieden zu wirken. (Lebhafte Beifall.) Wenn in irgend einem Lande, so ist es für uns in Deutschland ein dringendes Erfordernis, der Zustimmung hierzu darf ich von allen Seiten mich verächtlich halten. Aber das hindert mich doch nicht, daß ich als Katholik gegen diese Kritik der Euzyklika Verwahrung einlegen und die bestimmte Erklärung abgeben muß, daß wir als Katholiken dieser Erklärung des Herrn Grafen Zieten-Schwerin unmöglich zustimmen können. Herr Graf Zieten-Schwerin hat betont, daß er eine Interpellation nicht einbringen könne mit Rücksicht auf die im anderen Hause stattgefundenen Verhandlungen. Es müssen, daß auch Verhandlungen in Rom im Gange sind, und ich hoffe auch noch, daß sie weiter zu einer friedlichen Auslegung der Euzyklika Veranlassung geben werden, wie wir überzeugt sind, daß sie nicht anders beschaffen war. Ich bitte Sie also, diese meine Erklärung auch von allen Seiten wohlwollend aufzunehmen und anzuerkennen, daß wir als Katholiken der Erklärung des Grafen Schwerin nicht zustimmen können, aber uns vollständig dem Wunsch anschließen, den konfessionellen Frieden nach Möglichkeit zu wahren. (Beifall.)

Hierauf wird in die Tagesordnung eingetreten.

Die Reisekosten der Staatsbeamten.

Einmalige Schlussberatung. Eine Kommissionserstattung hat nicht stattgefunden. Oberbürgermeister Dr. Lehmann beantragt Zustimmung zu den Beschlüssen des Abgeordnetenhauses.

Erster Bürgermeister Dr. Johann Münder: Welchen empfindlichen Erwartungen begegne die Vorlage und wie mager ist der Erfolg? Der einzige Lichtblick ist die Befestigung des Entwurfs, es werde wenig gereist. Aber wird zu wenig gereist; die Behörden können die persönliche Zuzahlung auf den Kongressen usw. nicht entbehren, das einzige Mittel gegen die Kongressiere zum grünen Tisch. Die erhoffte Entlastung der Staatskasse erfolgt durch dieses Gesetz kaum. Warum ist man bei dem Prinzip der Kilometergehalte geblieben? Warum will man nicht, wie es in den meisten Kommunen der Fall ist, die wirtschaftlichen Ausgaben erfassen? Was in den großen Städten mit ihren Revisionsbüros möglich ist, muß auch für den Staat möglich sein. Aber so wird den Beamten des Odtum 24 Stunden für den Regierungsrat usw. viel zu hoch. Man sollte differenzieren nach den Tarifklassen der Orte, in denen übernachtet wird. Leider können Abänderungsanträge in diesem

Stadium keinen Erfolg haben; da wäre es besser, die Vorlage läme in diesem Jahre nicht zustande.

finanzminister Frhr. v. Rheinbaben:

Der Vorredner wünscht ein Resultat, das für die Beamten finanziell noch ungünstiger ist als die Vorlage. Das ist ja Anstaltsache. Wir sind davon ausgegangen, daß der Zustand aufgehoben muß, daß die Beamten aus den Diäten und Reisetkosten Ueberflüsse erzielen. Das ist notwendig im Interesse des Ansehens der Beamten. Um aber den Mehrverbrauch von Kleibern usw. bei der Reise zu decken, muß ihnen ein kleines, aber bestimmtes Plus bleiben. Der Minister wiederholt seine Darlegungen aus dem Abgeordnetensaale. Wir glauben, den Antrag zu übermäßigem Reizen zu vermeiden. Gewiß sind die Reisen durchaus notwendig, um dem grünen Tisch entgegenzukommen; es wird ja auf der einen Seite zu wenig gereist, auf der anderen Seite aber zu viel. In Bezug auf die Reisen zu Kongressen bin ich anderer Ansicht als der Vorredner und insbesondere muß das Reizen zu rein repräsentativen Zwecken aufgehoben. Der Minister des Innern und ich haben nur kurzen einen Entwurf dahin herausgegeben. Die Tagesberichte nach unter die Güte von 1897 herabzusetzen, geht nicht an. Bei den nicht vollbesetzten Beamten soll darauf Rücksicht genommen werden, daß sie auf die Nebeneinnahmen aus Diäten und Reisetkosten angewiesen sind, und wir haben bereits vereinbart, daß sie bei der Prüfung der Güte möglichst wohlwollend behandelt werden sollen.

Die Vorlage wird unverändert in der Sitzung des Abgeordnetenhauses angenommen und verabschiedet. Das Gesetz tritt am 1. Oktober in Kraft.

Den Bericht der Agrarkommission über die Novelle betr. den Zwischenkredit bei Rentengutzgründungen erstattet Herr v. Wiedebach-Mollath.

Nach einer Bemerkung des Herrn v. Herzberg wird die Vorlage unverändert angenommen, die Rechnung über die Verwendung des Zwischenschatzes durch Kenntnisnahme erledigt. Die Denkschrift über die dritte Revision der Gebäudeversicherungsverordnung wird nach einem Referat des Grafen v. Behr-Verhopenoff genehmigt.

Der Bericht des

Oberbürgermeisters Dr. Rive (Halle)

über die Ueberführung der Ergebnisse der staatlichen Versuchsanstellungen zur Ausbildung und Fortbildung von Turnlehrern und Turnselbstleitern sowie zur Ausbildung von Leitern für Volks- und Jugendspiele in Preußen während des Etatsjahres 1909 wird zur Kenntnis genommen.

Die Eingabe um Einführung eines obligatorischen, hauswirtschaftlichen Unterrichts für alle, auch für höhere Mädchenschulen, wird zur Erwägung überwiesen. Die Eingabe der Handelskammer zu Altona um Verbesserung der Häfen und Wasserstraßen ihres Bezirks geht als Material an die Regierung, nach einem Bericht des Grafen v. Schulenburg-Grünthal. Dieser berichtet auch über die Eingabe des Preussischen Landesverbandes der Haus- und Grundbesitzervereine um Abänderung der räumlichen Kraft der Vorschriften über die häuslichen Verhältnisse in den Bädereien. Die Eingabe wird zur Berücksichtigung überwiesen im Sinne eines Ministerialeklasses, der bereits Ausnahmen aus Billigkeitserwägungen in der gemüthlichen Weise vorkieft.

(Schluß folgt.)

Abgeordnetenhause.

86. Sitzung. Dienstag, den 14. Juni.

Am Ministerische: Kommissare, Präsident v. Krüger eröffnet die Sitzung um 11 Uhr 15 Min.

Petitionen.

Mehrere Petitionen fordern gefühlvolle Regelung des Dienstbotenwesens.

Abg. Dr. Viehbach (Soz.) bekämpft die bestehenden Gefindeordnungen als veraltet und unbrauchbar.

Abg. Bernst (Ztr.) bittet, zwei dieser Petitionen, die die gefühlvolle Regelung des ländlichen Dienstbotenwesens fordern, zur Berücksichtigung zu überweisen.

Abg. v. Jagow (kon.): Wir hatten eine Reform des Gefindewesens für erforderlich und erwarten eine entsprechende Vorlage. Hoffentlich enthält sie Maßnahmen gegen den Kontraktbruch.

Abg. Hellstohrn (Sp.) tritt ebenfalls für eine Neuordnung des Gefindewesens ein.

Abg. v. Derken (fr.): Die Sozialdemokraten kennen die Verhältnisse auf dem Lande nicht. Das Gefinde wird durchaus gut behandelt. Die Sozialdemokraten sind Proletariat, wir Männer der Partei haben aber keine für das Wohl der Arbeiter. Ein Streik ist das größte Unglück, das passieren kann.

Abg. Dr. Wiersack (Soz.) spricht für die Petitionen.

Abg. Kretsch (kon.): Der Abg. Viehbach hat die fühlvolle Verpflichtung, die Namen der Arbeitgeber zu nennen, die sich Absichten gegen das Gefinde haben zukommen lassen, damit wir denen einmal ordentlich die Wahrheit sagen können, welche Verpflichtungen sie als Arbeitgeber den Arbeitern gegenüber haben. Die Sozialdemokraten besitzen nur die zureichenden Elemente auf. Es sechs Mann hier reden, als ob sie Tausend wären. Man müßte gelegentlich einmal das Kapitel 'Die Sozialdemokraten als Arbeitgeber' eingependeln. Was Tag braucht man dazu. Die Arbeitslöhne der Angestellten der Konsumvereine sind Hungerlöhne. Auch die Spitzen der Partei werden unter der Akute gehalten. Wir haben den dringenden Wunsch, daß von Seiten der Arbeitgeber alles getan wird, die Zufriedenheit der Arbeiter und Angestellten zu erhalten. (Lebh. Beifall rechts.)

Abg. Strofer (kon.): Das Gefinde muß wie ein rohes Ei behandelt werden; jedenfalls besser wie die Fabrikarbeiter. Die Petitionen werden als Material überwiesen.

Eine Petition des Majors a. D. Donat-Breslau empfiehlt die Lösung des Oberproblems durch Staufen. Die Kommission, die die Petition beraten hat, schlägt zwei Resolutionen vor, in denen das Donatische Projekt für ungeeignet erklärt wird. Die Resolution werden nach kurzer Debatte, an der sich die schlesischen Abg. Dr. Wagner (fr.), Strofer (kon.) und Schöne (fr.) beteiligen, angenommen.

Eine Petition der Vereinigung selbständiger in Preußen vererbeter Landwirte fordert Abänderung der Gebührensammlung für die Katasterämter und Erhöhung des Gebührentarifs. Die Kommission beantragt Verweisung als Material. Ein Antrag Lieber (nl.) beantragt, die Regierung zu ersuchen, eine Zusammenstellung vorzulegen, die erkennen läßt, in wieviel Fällen die Regierung von der Befugnis, die Gebühren zu ermäßigen, Gebrauch gemacht hat.

Die Petition wird nach kurzer Debatte, an der sich die Abg. v. Dittus (kon.), Weiskerl (kon.) und Pippmann (Soz.) beteiligen, zur Erwägung überwiesen, der Antrag Lieber wird angenommen. Eine Petition um Verleihung des Städterechts an die Gemeinde Sieglitz wird nach kurzer Empfehlung durch die Abg. Freiß (nl.) und Dr. Brandt (nl.) als Material überwiesen, nachdem ein Regierungskommissar erklärt hatte, daß die Verhandlungen bezüglich des Anschlusses von Sieglitz an dem Kreise Lettau erloschen betrieben werden.

Eine Petition des Magistrats der Stadt Kemnitz um Abänderung des § 49 des Kommunalabgabengesetzes (Erstellung des außerhalb des Gemeindefortschritts gemauerten Einfommens) wird nach kurzer Bestimmung durch den Abg. Eichhoff (Sp.) als Material überwiesen.

Eine Petition fordert die Wiedereröffnung des aktiven und passiven Wahlrechts bei den Mettenmännern an die inmaligen Mitglieder der preussischen Knappschaftsvereine. Die Abg. Barthelme (Ztr.), Amthoff (Ztr.), Korfantj (Soz.), Leinert (Soz.), Waldstein (Sp.) und Wurst (Ztr.) empfehlen die Petition. Geheimrat Steinbrink erklärt sich dagegen.

Ueber die Petition wird zur Tagesordnung übergegangen.

Eine Petition des Eisenwerks Kraft in Stolzenhagen bittet um Zulassung der Sonntagsarbeit für die Lösung von Maschinen.

Abg. Glösel (nl.) empfiehlt Berücksichtigung. (Schluß folgt.)

Die Erledigung des Wohnungsgeldzuschußgesetzes.

Vom Abg. Delius (Halle).

Nach langen Kämpfen ist nunmehr auch das Wohnungsgeldzuschußgesetz zur Verabschiedung gelangt. Im großen und ganzen bleibt die Regierungsvorlage unverändert. Dennoch werden die Bestimmungen des Reiches auch auf Preußen übertragen. Das hat zur Folge, daß das Provinzialparlament, das im Vorjahre in Preußen geschaffen war, beseitigt wird.

Nun muß ja zugegeben werden, daß eine große Zahl von Beamten Vorteil aus der erdünftigen Regelung hat, aber ebenso steht die finanzielle Schwächung von 70 000 Beamten. Deshalb kann man sich der Verabschiedung des Gesetzes nicht freuen. In den hundert defizitieren Orten werden die mittleren Beamten z. B. siebzig Mark, die Unterbeamten siebzig Mark weniger erhalten, als ihnen das Provinzialparlament zuwillingt. Eine Verringerung des Einkommens der Unterbeamten um siebzig Mark bedeutet aber für diese Leute eine Verschlechterung um 6 bis 7 Prozent. Einer solchen Schwächung wollten die liberalen Parteien vorbeugen. Ihr Vorgehen stütze sich darauf, daß es unbedingt, namentlich im Interesse der geringbesoldeten Staatsbeamten, vermieden werden müsse, das einmal Gegebene wieder zu nehmen, besonders auch deshalb, weil die Ermittlungen der Staatsregierung, die zu einer Deflationierung von hundert Orten geführt haben, höchst mangelhaft, teilweise direkt unrichtig waren. Die fortschrittliche Volkspartei betonte mit Recht, daß Preußen keine Veranlassung habe, ein auf falschen Voraussetzungen aufgebautes Reichsgesetz zu übernehmen. Der Gesetzgeber solle hier abweichend vom Reich vorgehen. Diese durchaus stichhaltigen Gründe ließen den Finanzminister nicht von seiner ablehnenden Haltung abkommen. Sein Hauptargument, die Parität zwischen Reich und Preußen müsse gewahrt werden, wirkte furchtbar, weil gerade die Staatsregierung in ihrer Gefeshessvorlage die Disparität unter den preussischen Beamten nur schaffte. Nach dem nun beschlossenen Gesetz soll nämlich der Beamte, der im Genuß des Höchstehaltes ist, dauernd den erhöhten Wohnungsgeldzuschuß weiter beziehen. Z. B. wird danach ein künftiger Schußmann, der zum 1. April d. J. das Höchstehalt erreicht, und sofern er seinen Amtsort in einem defizitieren Orte hat, dauernd 70 Mark mehr beziehen, als sein Kollege, der zufällig erst am 1. Juli dasselbe Gehalt erreicht. Eine solche Gesetzmacherei wird kein Mensch verstehen können.

Das Gesetz wäre nicht zur Annahme gelangt, wenn nicht die Konsernationen von vornherein der Regierung zu verstehen gegeben hätten, daß sie auf dem Boden der Vorlage ständen. Zum Schaden der Beamten haben also hier wieder einmal die Konsernationen eine Nachgiebigkeit gezeigt, die ihnen teuer zu stehen kommen wird. Der Finanzminister hätte seine schroff ablehnende Haltung nie-

males eingekommen, wenn er nicht die Konservation hinter sich glaubte.

Hatte die Kommissionsberatung noch das Kompromiß geehrt, daß die Beamten in den defizitieren Orten nicht geschädigt werden sollten, so gestatteten sich die Verhältnisse im Plenum wesentlich anders. Bei der zweiten Lesung blieben die Freireformativen und das Zentrum noch fest. Dann wiederholte sich aber bei der dritten Lesung dasselbe Spiel wie bei den vorjährigen Beschlüssen, beide Parteien fielen um. Damit waren natürlich alle Bemühungen der Liberalen umsonst gewesen.

Von konservativer Seite wurde zwar als Berühmungsplasterchen eine Resolution vorgelesen, in der eine Nachprüfung der Klaffen-einstellung der Orte gefordert und eine Abstellung der größten Mängel baldmöglichst verlangt wird. Man wird abwarten haben, was der Finanzminister, der sein Einverständnis betonte, nunmehr in dieser Angelegenheit tun wird. Wenn er innerhalb der Staatsregierung dafür eintritt, daß beim Bundesrat eine Nachprüfung vorgenommen wird, dann würden ja einzelne Mängel beseitigt werden können. Wirklich gerecht wird aber eine Regelung des Wohnungsgeldausfalls nur herbeigeführt werden können, wenn die Ermittlungen sich stützen auf den Flächeninhalt der Wohnungen, die Teuerungsum- und Steuerbefreiung der Orte.

Sollte sich die Regierung auf diesen Standpunkt stellen, so wird sie bei künftigen Vorlagen nicht so großen Widerstand finden und auch bei den betroffenen Beamten statt Erbitterung Zufriedenheit auslösen.

Deutsches Reich.

Der diplomatische „Erfolg“ Preußens in dem Vatikan?

Die nachstehende Depesche, die in der gestrigen Mittagsstunde von Berlin aus verbreitet worden ist, — scheint das Ergebnis der seit Mittwoch voriger Woche mit Rom geführten diplomatischen Verhandlungen zu sein. Man bezieht sich auf:

Der Papst wies die deutschen Bischöfe an, die **Borromäus-Enzyklika** nicht von den Kanzeln zu verlesen. Der Reichsminister erklärte sich damit befriedigt.

Anschließend offiziös wird das Rekrut des Notenwechsels mit der päpstlichen Kurie über die Borromäus-Enzyklika wie folgt präzisiert:

1. Die Kurie spricht ihr Bedauern über den ganzen Vorgang aus.
2. Sie gibt die wiederholte Versicherung ab, daß sie das deutsche Volk oder seine Protestanten nicht beleidigen und verletzen wolle, wobei indessen die im „*Operatore Romano*“ enthaltene Erklärung, daß die Auslegung, die eine Beleidigung annahm, nur auf Irrtum oder Mißverständnis beruht, weggelassen wird.
3. Die Bischöfe Deutschlands, nicht bloß Preußens, werden vom Papst angewiesen, die Enzyklika nicht bekannt zu machen, sei es von der Kanzel, sei es durch Sitzenreden, eine Anordnung, die für Deutschland einer Zurücknahme gleichkommt.
4. Die Kurie erteilt ihre Ermächtigung zur amtlichen Veröffentlichung dieses Notenwechsels.

Die Leipziger Universität an König Friedrich August.

Im Namen der Landesuniversität Leipzig hat gestern der gegenwärtige Rector magnificus, Geh. Hofrat Professor Dr. Hölder, folgendes Telegramm an König Friedrich August gerichtet:

Die ganze Unterwelt vernimmt mit größter Freude und Dankbarkeit, daß Ew. Majestät den schweren Verantwortungungen Ihrer protestantischen Untertanen und Ihrer protestantischen Vorfahren durch die Borromäus-Enzyklika höchstpersönlich entgegenzutreten gewillt sind.

(Geg.) Hölder, derzeit Rector.

Parteinachrichten.

Die Vertrauensmänner der Fortschrittlichen Volkspartei im Wahlkreise Bitterfeld, welche beauftragt den Vorstehenden, sich sofort mit der Zentralleitung Berlin in Verbindung zu setzen und sie zu erlösen, bei dem Zentralvorstand der nationalliberalen Partei dahin zu wirken, daß die nationalliberalen Kreise keinen eigenen Kandidaten aufstellen, damit im Wahlkreise nur eine einheitliche liberale Kandidatur zustande komme. Die Nationalliberalen haben bekanntlich Konteradmiral Rahn vom Hofe aufgestellt.

Schule.

Duisburg, 14. Juni. Mit einer Schülerunfallversicherung will man hier an einer Mädchenschule einen Versuch machen. Die Versicherung soll sich auf alle auf dem Schulweg vorkommenden Unfälle erstrecken, sowie auch nach Wahl auf die Unfälle außerhalb des Schulweges etwa auf dem Hin- und Rückweg, bei Schülerausflügen. Der Uebertritt in eine höhere Lehranstalt unterbricht die Versicherung noch nicht, diese läuft bis zum Schluß des Vertagsjahres weiter.

Hof- und Personalanzeigen.

Der Kaiser nahm gestern vormittag im Neuen Palais bei Potsdam die Rotirte des Chefs des Militärkabinetts, Generals der Infanterie Freiherrn von Lynden, des Kriegsministers, Generals der Infanterie v. Beringer und des Chefs des Marinekabinetts, Vizadmirals v. Müller entgegen.

Als Dresden wird gemeldet: Aus allen Teilen Deutschlands treffen Beschlüsse an den König wegen seiner Haltung gegen die Enzyklika ein. Bei seiner Ausfahrt wurde der König förmlich begrüßt.

Die deutsche Botschaft in London berichtet durch Reuters Telegrammbureau eine Mitteilung an die Zeitungen, der deutsche Kaiser sei tief gerührt über die vielen Beweise der Sympathie, die ihm während seiner letzten Indisposition in England zugegangen seien. Die Sympathiebezeugungen seien zu zahlreich, als daß er inlande sei, jede einsehn zu beunruhigen.

Ausland.

Die Kreta-Krisis.

Wie England tritt jetzt auch Rußland mit der Ansicht hervor, daß der gegenwärtige Zeitpunkt für eine dauernde Lösung der Kreta-Frage nicht geeignet sei. Es wird gemeldet:

Petersburg, 14. Juni. Die „*Rossija*“ führt aus, daß es noch nicht Zeit sei für eine endgültige Regelung der Kretafrage. Die Frage erfordere ein neues patriotisches Kompromiß zwischen Griechenland und der Türkei, das seinen Ausdruck finde in der Verleihung weiterer politischer Autonomie seitens der Großmächte an die kreitische Bevölkerung.

Im gestrigen französischen Ministerrat unter dem Vorsitz Fallières erstattete Michon Bericht über den Stand der kretischen Frage und die Aussichten für das Zustandekommen einer nach London zu berufenden Konferenz der Schutzmächte. Nach den aus Petersburg und Rom eingehenden Nachrichten besteht in Italien und Rußland grundsätzlich die Meinung zu Verhandlungen hierüber. Gleichzeitig wird von den vier Schutzmächten die Frage einer provisorischen Entsendung eines Oberkommissars nach Kreta erörtert. Würde dieses Ausnahmefall angenommen, so würde als Oberkommissar in erster Linie ein mit den türkischen und griechischen Verhältnissen gleich vertrauter Italiener in Betracht. In Paris verkehrt man am liebsten der Ansicht, daß man die Lage als heikel und schwierig, ja, fast als beunruhigend ansieht, da die Spannung zwischen Griechenland und der Türkei sich zusehends verschärft. Angesichts dieser Situation scheint eine entscheidende Lösung, für die das französische Kabinett stets eingetreten ist, dringend geboten. Frankreich will die direkt am wenigsten interessierte Macht das deshalb die Rolle der Initiative übernehmen, um eine schnelle Aktion der Mächte an Stelle resultatlosen Notenwechsels herbeizuführen. In London, wo eine ausgesprochen griechischfreundliche Tendenz regiert, herrscht hingegen die Ansicht, die Politik der Mächte habe sich auf Einzelmaßnahmen von Fall zu Fall zu beschränken. Eine definitive Lösung der kretischen Frage erscheine nicht angebracht.

Kleine Tagesnachrichten.

Der rote Kreuz-Standard in Japan.
Die Kaiserin Lehanooff, Kojimaska, die Vorsitzende des Roten Kreuz-Komitees hat ihren Amt niedergelegt. Die entstehenden Lücken in dem Hof für Soldaten machten schließlich eine Unterbrechung nötig, und große Interzessionen der Kaiserin und ihrer Gehilfin wurden erbetet. Die Kaiserin, die sich auch künstlerisch betätigt, ist eine geborene Ungarin. Freizürlig verwitwet, wurde sie von mehreren hohen Herren langjährig. Ihr Rücktritt kann den nun folgenden Skandal aber nicht mehr verhindern. Er zieht immer weitere Kreise, und es ist zu erwarten, daß demnächst auch die hohen Protetoren der schönen Ungarin öffentlich gebrandmarkt werden.
Japan und Brasilien.
Unter den vielfachen gegenwärtigen Gesandtschaften in Brasilien ist bemerkenswert der des japanischen Kreuzers „*Yama*“ mit Vertretern von Parlament, Armee, geographischen Gesellschaften, Handel und führenden Zeitungen an Bord zum Zweck der Aufklärung von Verbindungen. Der japanische Gesandte gab ein Bankett, zu dem Staatsminister und Behörden erschienen. In einer Rede betonte der Gesandte, der Wunsch die Befestigung der Freundschaft und hauptsächlich der Handelsbeziehung zwischen Japan und Brasilien.

Rojevost vor dem britischen Parlament.
Im Verlauf einer Sitzung des englischen Unterhauses am Montag kam auch die Guibhall-Krise zur Sprache, in der Roosevelt das Schicksal Ägyptens erörtert und die Engländer unter Anerkennung ihrer bisherigen Leistungen zur energischen Durchführung ihrer Forderung aufgefordert hat. Der Staatssekretär des Auswärtigen bezeugte sein Einverständnis mit Roosevelts Ansichten und erklärte nachdrücklich, daß England in Ägypten bleiben werde.

Kongresse und Verbandstage.

Minister v. Molke auf dem Generewehr-Kongress.

Berlin, 15. Juni. Im Ausgiewerksmuseum trat gestern vormittag der zehnte Verbandstag deutscher Berufsfeuerwehreffiziere zu seiner diesjährigen Sitzung zusammen. Es hatten sich dazu die Leiter von fast allen deutschen Berufsfeuerwehren eingefunden. Auch aus Preußen und Ostpreußen waren Fachleute erschienen. Minister v. Molke und einige Räte vertraten die Regierung. Der Verbandsvorsitzende Branddirektor Weipphagen-Hamburg eröffnete kurz nach 10 Uhr die Sitzung mit einem Hoch auf den Kaiser. Hierauf nahm Minister v. Molke das Wort zu folgender Ansprache:

„Es ist mir eine große Freude, den Verbandstag persönlich begrüßen und an seinen Verhandlungen, soweit angänglich, teilnehmen zu können. Ich brauche nicht zu versichern, daß vom allgemein menschlichen Standpunkte aus meine Sympathien bei Ihnen sind, die Sie ja im Bereiche für die Wohlfahrt und Sicherheit der Mitmenschen das Leben einsehen. Aber auch vom Standpunkte des Dienstes und meines Ressorts lege ich großen Wert darauf, mit Ihnen in Verbindung zu treten und Ihnen meine Anerkennung auszusprechen. Es werden erste Beratungen folgen und ich beabsichtige auch persönlich in Berlin. Da möchte ich Ihre besondere Aufmerksamkeit lenken auf die Einrichtung der Berliner Feuerwehre, die mühselig gütig ausgefallen ist, dank der Opferfreudigkeit der Stadt und der bewährten Leitung des Berliner Löschwehrens.“

Sie werden vorzügliche Feuergeräte, eine gutbesetzte Mannschaft finden und ein vortrefflicher Hand nach den neuesten Erfahrungen eingerichtete Feuerwehrgebäude. Ihren weiteren Beratungen wünsche ich dieses Gedeihen.“ (Beifall.)

Im Anschluß hieran verlas der Minister eine Reihe von Namen, deren Träger die vom König gestiftete Medaille für Verdienste um das Feuerlöschwesen“ verliehen wurde.

Der Allensteiner Mordprozess.

(Siebenter Verhandlungstag.)

S. & H. Allenstein, 14. Juni.

Nach zweitägiger Pause wurde heute vormittag die Verhandlung im Prozeß gegen Frau v. Schönstedt wieder aufgenommen. Der Vorsitzende, Landgerichtsdirektor Geh. Justizrat Broese (Anführer) eröffnet die Verhandlungen nach 9¼ Uhr.

Unter den neu erschienenen Zeugen befindet sich auch der jeßige tituläre Inspektur Oberstleutnant Tuschewski aus Adrianopol und der Bruder des Hauptmanns von Göben, deren Vernehmung aber heute noch launig erfolgen wird, da für heute in erster Linie die Vernehmung des Fräuleins C. in Betracht kommt, der Erzieherin der Schönstedtschen Kinder, die zugleich der Postillon d'amour im Briefwechsel der Frau von Schönstedt mit dem Hauptmann v. Göben war. Sie ist ein kleines, unansehnliches Fräulein, deren verschämtes Wesen erkennen läßt, daß sie den an sie herangerufenen Anforderungen keinen großen Widerstand entgegenzusetzen vermocht hat.

Nach Eröffnung der Sitzung überreicht der Vorsitzende Geh. Justizrat Broese den Gefangenen einen an sie gerichteten Brief. — Erster Staatsanwalt Schweizer überreicht dem Vorsitzenden ein Schreiben der greifen Frau v. Göben, der Mutter des Hauptmanns v. Göben. Sie bittet um Freisetzen in der Verhandlung entbunden zu werden. Die fürperliche und vor allem die seelische Aufregung würde zu groß sein. Dem Schreiben ist ein ärztliches Attest eines Gemeinbezugs aus der Schweiz beigefügt. Es werden hierauf die Zeugen in den Saal gerufen. Oberstleutnant Tuschewski ist ein gebürtiger frommer, befehlshafter Offizier, dem man den Dienst in einem vornehmen Klima ansieht. Weiterhin ist Oberst Dorn (Königsberg) erschienen, ein früherer Kamerad des Erschlagenen, ferner ein Bruder des Hauptmanns v. Göben, Oskar v. Göben, ein blauer Mann, mit einem eingetragenen Lebensgefährt und heftem Zitielzug. Ebenso ist hier von der Verteidigung zur Vernehmung über den Geisteszustand der Angeklagten benannte Hofrat Dr. v. Schreier-Rohing erschienen, sowie der Schriftführer Otto v. Pohrer aus Berlin. Weitere Zeugen sind der Hauptmann Deuss, von dem sich Herr v. Göben Gift verschafft haben soll und der Priester Sitoraki, bei dem Herr v. Göben die Maske kaufte.

Der Vorsitzende geht dann zur Vernehmung des Obersten Dorn (Königsberg) über und fragt den Zeugen. Sie kannten den Major v. Schönstedt bereits lange. — Zeuge: Ja, wir waren in unseren jungen Jahren 4 Jahre zusammen auf der Kriegsschule in Keßke. Wir haben uns beide über unterhalten, denn wir wohnten in einem Hause und verkehrten viel mit einander. — Vorl.: Kannten Sie Herrn v. Schönstedt genau, was war er für ein Mann, besonders in seiner Auffassung von Familie und Dienst? Er hat Ihnen wohl öfters kein Wort ausgesprochen. Wie hand er in religiöser Beziehung. Aus besonderen Gründen kommt auch hierauf jeßel ein. — Zeuge: Herr v. Schönstedt war als Offizier allgemein sehr tüchtig und ein ausgezeichneter Mann, den wir alle gern hatten. Er mochte nicht viel aus sich her, und war als Kamerad lebenswichtig und bescheiden. — Vorl.: Sie wurden dann später getrennt? — Zeuge: Ja, aber wir kamen noch öfters wieder zusammen und namentlich dann hier wieder in Allenstein. Ueber diese Zeit befindet der Zeuge, daß er Frau v. Schönstedt einmal in Keßke getroffen habe. Er sei dann mit ihr einige Stunden herumgelaufen. — Erster Staatsanwalt: Sie bitte die Öffentlichkeit auszuschließen. — Vert. R. A. W. H. Wir verhandeln doch hier vorwiegend, daß ich glaube, es ist das nicht nötig. Die Unterlage unseres Strafverfahrens, ist doch nun einmal die Öffentlichkeit. — Der Gerichtshof beschließt,

die Öffentlichkeit vorläufig nicht auszuschließen.

Der Zeuge wird wieder vernommen. — Vorl.: Können Ihnen damals irgend welche Gerüchte über Frau v. Schönstedt in Ohren gekommen? — Zeuge: Einmal lag ich Frau v. Schönstedt in Keßke mit einem jungen Herrn an einem Tisch zusammen liegen, jedenfalls wurde, wie das in Kabarett ist, darüber geredet. Es wurde auch gesagt, die beiden gingen häufig spazieren und seien viel mit einander gekommen. — Vorl.: Herr v. Schönstedt soll aber aus Anlaß dieser Sache bei Ihnen gewesen sein, um erst mit Ihnen über die Scheidung zu sprechen. — Zeuge: Ja, ich bekam ein Telegramm von ihm, er käme nach Königsberg, ob ich ihm nicht einen guten Rechtsanwält empfehlen könnte. Ich holte ihn darauf zum Bahnhof ab und empfahl ihm einen Königsberger Anwalt. Er erklärte mir, er wolle sich scheiden lassen. — Vorl.: Hat er Ihnen gesagt, warum? — Zeuge: Darüber hat er sich nicht weiter ausgesprochen. — Vorl.: Hat er Ihnen gegenüber nicht einmal Bemerkungen über seine Frau gemacht? — Zeuge: Er mich immer aus, wenn ich in ihn dringen wollte. Ich weiß nur, daß ich einmal zu ihm lagte, über seine Frau werde ich sprechen. Er reagierte aber nicht darauf. — Vorl.: Glauben Sie, daß es etwas anderes bestimmte Ihren einen Tisch zusammen liegen, jedenfalls wurde, wie das in Kabarett ist, darüber geredet. Er hat aber nicht darüber geäußert. — Der nächste Zeuge Mitmeister v. Thayer war ein Freund des Hauptmanns v. Göben und soll über dessen Charakter Aufschluß geben. Er erzählt: Ich habe Herrn v. Göben oberflächlich kennen gelernt zwischen 95 und 97 in Hannover. Näher lernte ich ihn kennen 1902. Im März 1906 habe ich zuletzt mit ihm gesprochen, aber später noch mit ihm korrespondiert. — Vorl.: Kennen Sie die Meinung seiner damaligen Kameraden über Herrn v. Göben? — Zeuge: Ja, ich habe nur Gutes über ihn gehört, ich kann nur feststellen, daß er ein ausgezeichneter Kamerad war. Näher trat ich ihm, als er vom Burenkrieg zurück war und ebe er noch angedenken ging. Er war höchwachtiger Konstitution, hat die höchsten Schmäde aber durch Energie zu überwinden gewußt. In seinem Wesen war er zurückhaltend und etwas scham, wenn man ihn aber näher getreten war, konnte er sehr gemütlich sein. In den Abhängen bekam man ihn sehr selten. — Vorl.: Wie war er in Gesellschaft? — Zeuge: In große Gesellschaften ist er nur aus

Ein betrügerischer Wiegemeister?

Bei einer hiesigen Kohlenfirma sollen größere Unterschlagungen aufgedeckt worden sein, die auf 30 000 Mk. geschätzt werden.

Fähling der Reifenden. Auf den Linien der Königlich preussischen Eisenbahndirektion Halle werden bei allen der Personenbeförderung dienenden Zügen am 15., 16. und 17. Juni, am 20., 21. und 22. Juli sowie am 24., 25. und 26. August die Reifenden gefährt.

Der Fährerever für die Provinz Sachsen und das Herzogtum Anhalt hält am Sonnabend, den 25. d. Mts., nachmittags, seine Mitgliederversammlung in Nordhausen.

Der Kirchensingenverein der Johannisgemeinde unternimmt am Sonntag, den 19. Juni, einen Ausflug nach Rosenthal.

Verdict

der Fleischpreis-Notierungskommission am Hallischen Schlachthaus

Table with 2 columns: Item (e.g., Ochsen, Rindfleisch) and Price (e.g., 63.00, 59.00). Includes sub-sections for 'Für 50 kg Fleischgewicht' and 'Für 50 kg Schlachtgewicht'.

Provinzial-Nachrichten.

Furchtbare Unwetter.

— Kleinfurh, 13. Juni. Ein schreckliches Hagelwetter hat gestern unsern Ort betroffen. Nachmittags in der vierten Stunde erhob sich ein orkanartiger Sturm...

Ter Schaden ist noch gar nicht zu übersehen. Glücklicherweise scheinen Menschen nicht in Gefahr geraten zu sein.

— Wittenberg, 14. Juni. Ein furchtbares Unwetter ging am Sonntag hier nieder, als in unserm Orte gerade ein Sängerfest gefeiert wurde.

Ein gefährlicher Verbrecher.

Solbach, 13. Juni. Der Arbeiter E. von hier war mit seiner Frau und seinem 16-jährigen Sohne gestern ganz früh zum Karthoffelboden gegangen.

Intoleranz.

Gera, 12. Juni. Hier ist es zu einem Konflikt zwischen Gemeinderat und Regierung gekommen. Der Gemeinderat hatte beschlossen, daß die Friedhofskapelle am Dürstebhof...

Getranken.

Catharinerriedt, 11. Juni. Gestern gegen Mittag erkrankte der 10-jährige Sohn des Arbeiters Reinhardt hier in den Fluten der Helme.

Quesnig, 13. Juni. Im Mühlteiche erkrankt gestern vor den Augen seiner Söhne der Arbeiter Strauß aus Grottschen.

Mißerfolg der Wänselrute.

Vom Cieselsfeld, 12. Juni. Landrat v. Usar-Apenrade hatte vor einiger Zeit mittels der Wänselrute festgestellt, daß sich in einer Entfernung von 4,60 Metern von dem 1. St. bei Büttel d. angelegten Probeplatz in einer Tiefe von 24 Metern eine starke Wasserader befände.

Beesen, 14. Juni. (Zerkürungslust. — Volksbildung.) In der Sonntagsnacht verbrüht hier vier

junge Leute, angeblich aus Radewell, allerlei Unfug. Sie hoben Löden aus, beschädigten Türen und Schieber. Sie schlepten Bauholz vom Lagerplatz.

Freuden, 13. Juni. Oberpräsident v. Hegel beehrte letzte Woche die staatlichen und anderen Weinberge unseres Städtchens.

* Apolda, 13. Juni. (Schulumbau.) Hier wird sich der Gemeinderat mit einer Vorlage des Groß- u. Staatsministeriums zu beschäftigen haben.

Erfurt, 13. Juni. (Ein herrenloses Auto.) Eine dunkle Gestalt macht jetzt, dem „Allg. Anz.“ zufolge, in Dornheim viel von sich hören.

Kreisla, 14. Juni. (Streik.) Die hiesigen organisierten Knopfmacher sind wegen Lohnforderungen in den Streik getreten.

Letzte Nachrichten.

Wahl Friedberg-Büdinger.

Büdinger-Oberhessen, 15. Juni. Bei der gestrigen Reichstagserversammlung erhielt Wufold (Soz.) 9419, Helmolt (Wandler) 6310, Calker (nationall.) 4379 Stimmen.

Schiffbruch.

H. T. B. London, 14. Juni. Aus Port de France auf Martinique wird berichtet, daß der englische Zerstörer „Royal Sovereign“ in der Nähe der Küste Schiffbruch erlitten hat.

Verhaftung eines Metropolitens.

H. T. B. Belgrad, 14. Juni. Die türkischen Behörden internierten 2 Tage lang den serbischen Metropolitan Titencius aus Ueskub.

Zurückgezogene Demission.

H. T. B. Belgrad, 14. Juni. Das Kabinett hat seine Demission wieder zurückgezogen, weil die beiden Regierungsparteien ihm einstimmig ein Vertrauensvotum erteilten.

Wegen schwerer Gemüths haben wir nur einen Teil der für uns bestimmten Nachrichten erhalten können.

Unterhaltungsblatt.

Das Tar des Lebens. Roman von Anny Werthe. (Fortf.) — Reize Lügen. Skizze von D. F. Franzelli. — Sonntags-Zeitung. — Literatur. — Büchertisch.

Verantwortlich für den politischen Teil: Wilhelm Georg; für den lokalen Teil, für Provinzialnachrichten, Gericht und Handel: Eugen Brilmann; für Ausland, Letzte Nachrichten, Vermischtes und Sport: Erich Földes; für den Zeitschriften-Teil: Martin Feuchtmüller; für den „Zentralblatt“: Friedrich Endrulat; Druck und Verlag von Otto Hensel. Sämtlich in Halle a. S. — Diese Nummer umfaßt 8 Seiten. — Stiefeljährliche Unterhaltungsblätter.

Vermischtes.

Oberramergau unter Wasser.

Gestern nacht gegen 3 Uhr sind in den bayerischen Alpen ... Oberramergau ...

Folgenschwere Eisenbahnunfälle.

Wie man aus Petersburg meldet, ließ in der Station ...

Ein weiterer Eisenbahnunfall wird aus Groß ...

Ferner kommt aus Graz (Steiermark) die Nachricht ...

Das Großfeuer in Montreal.

Die Opfer, die das Feuer des Geschäftsgebäudes des ...

Die umliegenden Häuser sind stark in Mitschuld ...

mit zerstörtem Leben

auf der Straße liegen und andere erkämpften ihre Freiheit ...

einen rauchenden Trümmerhaufen.

10 Leichen sind bisher geborgen. Vor der von der Polizei ...

Desinfektion der Hände.

Das preussische Kriegsministerium hat durch seine ...

Die furchtbare Feuerbrunst hat das Dorf Schlachte im ...

braunt. Da die einzelnen Strohhäfen nur mäßig ver ...

Schweres Unwetter. In der Nacht zum Dienstag ging ...

Im Ansturm. Aus Triest wird der Franz. Ztg. ...

Rüffelaffe Höhlenmalerei. In verschiedenen Höhlen, die ...

Hüdnung der Tollwutkrankungen. Die Zahl der an ...

Handel, Gewerbe und Verkehr.

Berliner Börse.

(Telephonischer Bericht der „Saale-Ztg.“) 3 Uhr 10 Minuten. Kredit 210, Diskonto 187, Deutsche Bank ...

Zum Kursnotiz. Berlin, 14. Juni. 4% Badische Staats ...

Der Kalk-Kuxenmarkt.

Berlin, den 14. Juni.

Table with columns: Name, Gold, Silber, Hugo, Eisen, Stahl, etc.

Kohlenhändlertag. In der Leipzig stattfindende stark besuchte deutsche Kohlen ...

Billigeres Staheln. Das Eisen- und Stahlwerk Hoch hat neue Staheln ...

Bochumer Bergwerksgesellschaft in Bochum. In der asser ...

waren, erreichte der Antrag auch diesmal nicht die erforderliche ...

Verenigte Königs- und Laurahütte. In der Sitzung des Auf ...

Mechanische Weberei Zittau. In der am 13. d. M. abge ...

Die Salpetermineral-Gildemeister Akt.-Ges. in Bremen er ...

Die Maschinenfabrik Dippel in Schladen schlägt 1 (4) Proz. ...

Waren und Produkte.

Berliner Produktenbörse. 14. Juni. Am Frhmarkt notierten ...

Magdeburg, 14. Juni. (Die Notierungen verstehen sich fr. ...

Antwerpen, 14. Juni. Deutscher La Platazug, Kontrakt B, per ...

Hamburg, 14. Juni. Röhrenkohlen, 1. Produkt, Basis 88%, ...

Rio de Janeiro, 14. Juni. Kaffee-Zufuhren 5000 Sack in Rio ...

Köln, 14. Juni. Röhrloko 67,00, per Okt. 65,50.

Bremen, 14. Juni. Baumwolle still. Upl. loko mittl. 76,00 Pfg. ...

Amerikanische Warenmärkte.

Table with columns: New York, Chicago, etc. and various commodity prices.

Wasserstände.

Table with columns: Name, Wasserstand, etc.

Table with columns: Name, Wasserstand, etc.

Währungs- und Wechselkurse, Gold- und Silberkurse, etc.

Währungs- und Wechselkurse, Gold- und Silberkurse, etc.

Main table containing stock market data, organized into columns for various sectors like 'Bank-Aktien', 'Industrie-Aktien', 'Oligul. Indust. Gesellschaften', etc.